



SPD-Fraktion *direkt*

Ausgabe 2015 | 3

30.01.2015

INHALT

ZUR LAGE	2
ZUR WOCHE	4
SPD-FRAKTION BEGRÜßT FACHKRÄFTE-KAMPAGNE DER LANDESREGIERUNG	4
STARKES SICHERHEITSPAKET SCHÜTZT FREIHEIT UND SICHERHEIT	4
ANSPRECHPARTNER FÜR KOORDINATION DER FLÜCHTLINGSAUFNAHME	5
MINDESTLOHN SICHERN, SORGEN ERNST NEHMEN	6
BIOSPÄHÄRENRESERVAT PFÄLZERWALD BEHÄLT SEINEN STATUS	6
LANDES-CDU BLAMIERT SICH MIT KRITIK AN KARL MARX-AUSSTELLUNG	7
GANZTAGSSCHULEN UND SPORTVEREINE – BEIDE SEITEN PROFITIEREN	7
ZAHLEN UND FAKTEN	8

ZUR LAGE

Liebe Genossinnen und Genossen,

da hat sich Frau Klöckner mehr als nur „verquatscht“, wie der Trierische Volksfreund kommentierte. Wir waren alle sehr irritiert über die Aussage der CDU-Landeschefin, der Hitlergruß sei Teil des Rechts auf freie Meinungsäußerung. Mehr als ihr "wirres Interview" (WELT) verwundert die Reaktion Klöckners auf die Kritik an ihrem vermeintlichen Lapsus. Die Reaktionen der Menschen, in der Presse und dem Netz waren klar: Hier hätte es einer Klarstellung bedurft. Chance verpasst, Frau Klöckner!

In einer konzentrierten und entscheidungsfreudigen Plenarsitzung haben wir wichtige Reformprojekte von Rot-Grün in dieser Legislaturperiode beschlossen. **Hans-Jürgen Noss** und **Marcel Hürter** haben in ihren Reden die Bedeutung des **Nationalparks** herausgestellt. **Martin Haller** konnte noch einmal die Ergebnisse der **Enquete-Kommission „Aktive Bürgerbeteiligung für eine starke Demokratie“** und den Anteil der SPD-Fraktion an den getroffenen Schlussfolgerungen aufzeigen.

In der Aussprache über die Initiative von **Malu Dreyer** für ein **Einwanderungsgesetz** konnte die SPD-Fraktion deutlich machen, dass wir mit unserer Fachkräftestrategie, den geplanten Welcome Centern und unseren Vorstellungen für eine einfachere Regelung der Einwanderung die Diskussion in Deutschland derzeit mitprägen – und ein Stück Vorbild sein können. Die CDU-Fraktion war – wie so oft – nicht in der Lage, klar Stellung zu beziehen.

Auch in der Diskussion über die **Innere Sicherheit** haben wir klar gemacht, wer die Belange und Wünsche der Menschen in unserem Land ernst nimmt und aufnimmt. Unser **Innenminister Roger Lewentz** hat es in der Aktuellen Stunde der SPD-Fraktion im Plenum angekündigt und dann schnell und entschlossen ein Sicherheitspaket für unser Land vorgestellt. Damit schaffen wir gemeinsam mit unserem Koalitionspartner den nicht einfachen Spagat: Für die Sicherheit der Menschen sorgen und gemeinsam mit unserer **Finanzministerin Doris Ahnen** die Herausforderung der Schuldenbremse annehmen. Das nenne ich gut regieren!

Integrationsministerin Irene Alt hat in ihrer überzeugenden Regierungserklärung zur **Flüchtlingspolitik** klar gemacht: Wir heißen alle Menschen in Rheinland-Pfalz willkommen.

men. Lasst mich in diesem Zusammenhang noch zum Phänomen "Pegida" kommen. Es ist gut, dass sich nun das wahre Gesicht der Organisatoren zeigt und diese Bewegung in sich zusammenfällt. Schön, dass im ganzen Land viele Menschen auf die Straßen gehen und für das offene Deutschland demonstrieren.

Unsere bildungspolitische Sprecherin **Bettina Brück** hat in der Plenardebatte zur **Medienbildung** die Vorreiterrolle von Rheinland-Pfalz im Bereich der Medienkompetenz betont und das gemeinsame Ziel von Landesregierung und SPD-Fraktion unterstrichen, dass alle Schülerinnen und Schüler Medienkompetenz erwerben sollen. Den bereits etablierten **Medienkompass** werden wir schrittweise ausbauen und weiterentwickeln.

Die Islamverbände und viele Moscheegemeinden sind nach den Attentaten in Paris mit einer Botschaft der Toleranz und Mitmenschlichkeit an die Öffentlichkeit gegangen. Darüber habe ich mich sehr gefreut. Aber wir müssen auch feststellen: In Rheinland-Pfalz gibt es einige Moscheen, die als salafistische Hotspots gelten. Dort geraten junge Menschen auf Irrwege. Ich habe in einem **Interview mit der Rhein-Zeitung** dafür plädiert, auch diese Probleme auf den Tisch zu bringen. Ich halte es für richtig, dass sich Moscheegemeinden und Islamverbände von diesen extremistischen Strömungen deutlich distanzieren.



Alexander Schweitzer

ZUR WOCHE

SPD-Fraktion begrüßt Fachkräfte-Kampagne der Landesregierung

Mit einer Fachkräftekampagne will die Landesregierung Fachkräfte für ein Leben und Arbeiten in Rheinland-Pfalz gewinnen. Unsere **Ministerpräsidentin Malu Dreyer** hat zusammen mit unserer **Arbeitsministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler** und **Wirtschaftsministerin Eveline Lemke** den Startschuss für die überregionale Kampagne mit dem Slogan „**Rheinland-Pfalz für Fachkräfte**“ gegeben. Ziel ist es, potentiellen Fachkräften zu zeigen, dass man in Rheinland-Pfalz gut leben und arbeiten kann. Bald wird sie uns überall begegnen: Im Rahmen der Kampagne machen Auszubildende, Studenten, Fach- und Führungskräfte Werbung für das Leben und Arbeiten in Deutschlands Südwesten – im Radio, in Zeitungen, auf über 600 Werbeflächen in rheinland-pfälzischen Städten, auf einer Info-Tour und auf der mehrsprachigen Internetseite www.fachkraefte.rlp.de. Sie informiert über Karrierechancen, Bildungsmöglichkeiten und Freizeitangebote. Die SPD-Fraktion wird dieses interessante Angebot der Landesregierung intensiv begleiten. Viele der nun umgesetzten Ideen sind ständig Thema in unseren ZukunftsDialog-Veranstaltungen.

Starkes Sicherheitspaket schützt Freiheit und Sicherheit

Angesichts der gestiegenen Herausforderungen für die Innere Sicherheit durch islamistischen Terror auch in Europa hat unser **Innenminister Roger Lewentz** gemeinsam mit der Polizei ein Sicherheitspaket erarbeitet, um die Sicherheitskräfte noch optimaler für die neuen Anforderungen aufzustellen.

Die wesentlichen Teile des Sicherheitspaketes beziehen sich auf eine verbesserte Sachausstattung und auf eine Aufstockung des Personals:

Bereits im Jahr 2013 hat unser **Innenminister Roger Lewentz** die Zahl der Neueinstellungen auf 440 und ab 2014 auf 450 Personen angehoben. Jetzt handelt die SPD-geführte Landesregierung erneut und wird in diesem Jahr 475 und im kommenden Jahr 500 neue Polizisten einstellen. Das ist Rekord, so viele neue Polizisten gab es in Rheinland-Pfalz bisher noch nie. Mit diesen Maßnahmen gelingt es, die Zahl der Polizisten im Land in Zukunft deutlich über 9.100 zu halten.

Zudem wird die Schutzausrüstung und die Bewaffnung der Spezialkräfte sofort für rund 1,6 Millionen Euro optimiert. Außerdem wird die Polizei durch mindestens elf IT-Experten, die in diesem und dem kommenden Jahr eingestellt werden, verstärkt. Informationen zur Tatvor- und nachbereitung werden bei politisch motivierter Kriminalität in der Regel mit elektronischen Medien ausgetauscht. Auch bei der Radikalisierung junger Menschen spielt das Internet eine zentrale Rolle. Verstärkt wird die Polizei außerdem durch zwei weitere zwei Islamwissenschaftler.

In der Aktuellen Stunde auf Antrag der SPD-Fraktion hat der Landtag in dieser Woche über die aktuelle Sicherheitslage diskutiert. Unser **Parlamentarischer Geschäftsführer Carsten Pörksen** hat dabei deutlich gemacht: Es geht um die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit. Das Paket der Landesregierung wird diesen Anforderungen in allen Punkten gerecht.

Ansprechpartner für Koordination der Flüchtlingsaufnahme

In der Diskussion über die Aufnahme von Flüchtlingen in Rheinland-Pfalz hat unser **SPD-Fraktionsvorsitzende Alexander Schweitzer** angeregt, dass weitere Kommunen in Rheinland-Pfalz dem Vorbild der Verbandsgemeinde Kirn-Land (Landkreis Bad Kreuznach) folgen sollen. Nach Angaben des dortigen **SPD-Bürgermeisters Werner Müller** hat seine Gemeinde 2014 49 neu angekommene Flüchtlinge aufgenommen. Dem Verteilungsschlüssel zufolge hätte sie sich nur um 26 Personen kümmern müssen.

In vielen ländlichen Gemeinden, in denen die Bevölkerung sinkt, gibt es Wohnraum, der ungenutzt bleibt. Oft sind die Bewohner auch bereit, mehr Flüchtlinge aufzunehmen. Es ist daher ein tolles Signal, wenn vor allem ländliche Kommunen hier besonderes Engagement zeigen. Dadurch können auch unsere Städte entlastet werden, in denen es zu wenig Wohnraum gibt und in denen Unterkünfte für Flüchtlinge nur schwer zu finden sind.

Alexander Schweitzer hat daher vorgeschlagen, dass im zuständigen Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen ein fester Ansprechpartner eingesetzt wird, an den sich Landkreise, Städte und Gemeinden wenden können, die mehr Flüchtlinge aufnehmen wollen. Der Ansprechpartner kann den Kommunen bei rechtlichen und organisatorischen Fragen zur Seite stehen und die Koordination von Kommunen, die Kapazitäten freihaben, und solchen, in denen es an Wohnraum mangelt, erleichtern.

Mindestlohn sichern, Sorgen ernst nehmen

Seit dem 1. Januar 2015 gilt in Deutschland der gesetzliche Mindestlohn. Viele Jahre haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten für die dieses historische Gesetz gekämpft. Er bedeutet für nahezu 3,7 Millionen Menschen in Deutschland eine deutliche Verbesserung ihrer Einkommenssituation und erkennt den Wert von Arbeit gesetzlich an.

Eine Mindestlohnkommission – übrigens nach Vorbild des rheinland-pfälzischen Landestarifreuegesetzes etabliert – wird die Auswirkungen des Mindestlohns permanent kontrollieren. Eine erste Evaluation ist im Mindestlohngesetz für das Jahr 2020 vorgesehen. Die CDU-Landtagsfraktion möchte so lange nicht warten und versuchte bereits diese Woche im Landtagsplenum – vier Wochen nach Einführung des Mindestlohns durch die Große Koalition – eine Kehrtwende in Sachen Mindestlohn einzuleiten.

Mit der SPD-Fraktion wird es eine solche Aufweichung des Mindestlohngesetzes nicht geben. Wir nehmen aber Sorgen und Probleme von Sport und Ehrenamt im Zusammenhang mit der Einführung des Mindestlohns ernst.

Die SPD-Fraktion lädt deshalb am 5. Februar um 14 Uhr zu einem ***Mindestlohn-Dialog*** ins Abgeordnetenhaus ein. Gemeinsam mit Vertretern der Gewerkschaften, der LIGA der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege, aus dem Sport und sowie mit Betreibern von Hüttdiensten möchte die SPD-Fraktion eine erste Bilanz der neuen Lohnuntergrenze ziehen und sammeln, welche Erfahrungen vor Ort mit dem Mindestlohn gemacht werden. ***Alexander Schweitzer, Arbeitsministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Kathrin Anklam-Trapp, Dr. Tanja Machalet, Vertreter der Gewerkschaften*** und ein ***Vertreter des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales*** stellen sich als Gesprächspartner zur Verfügung. Es ergeht herzliche Einladung an alle Interessierten.

Biosphärenreservat Pfälzerwald behält seinen Status

Die SPD-Fraktion begrüßt die Klarstellung von ***Umweltministerin Ulrike Höfken***, dass die Landesregierung den Status des Biosphärenreservats Pfälzerwald-Nordvogesen in jedem Fall unterstützen und stärken wird. Damit ist klar: Weder die Landesregierung noch die kommunale Seite werden den Status aufgrund von Windkraftprojekten aufs Spiel setzen. Gut, dass die Ministerin das Biosphärenreservat gemeinsam mit dem Bezirksverband Pfalz zu einer ökologischen Modellregion entwickeln will.

Landes-CDU blamiert sich mit Kritik an Karl Marx-Ausstellung

Es ist mit Sicherheit sehr anstrengend, ständig den Sozialismus zu Lande, zu Wasser und in der Luft bekämpfen zu müssen. Man kann sich dabei leider auch schrecklich blamieren und der Landes-CDU ist dies mit ihrem Kampf gegen den historischen Marx eindrucksvoll gelungen. Zur Erinnerung: Das Land Rheinland-Pfalz, die Stadt Trier, die Friedrich-Ebert-Stiftung und das Bistum Trier planen anlässlich des 200. Geburtstags von Karl Marx 2018 eine große Ausstellung in seiner Geburtsstadt Trier. CDU-Vize und Landrat des Kreises Trier-Saarburg, Günther Schartz hat am vergangenen Mittwoch das "kapitalistische Wirtschaften rund um Marx" angeklagt und die Kosten „für die Rehabilitation von Karl Marx“ moniert. Unser kulturpolitischer Sprecher **Manfred Geis** kritisierte anlässlich der Landtagsdebatte zur Marx-Ausstellung, dass die CDU Karl Marx in Haftung nehmen wolle für alle schrecklichen historischen Fehlentwicklungen durch Gruppen oder Bewegungen, die sich auf ihn bezogen. Dass die Landes-CDU versuche, daraus Kapital zu schlagen, sei unangemessen.

Ganztagschulen und Sportvereine – beide Seiten profitieren

In der Debatte um die Zusammenarbeit zwischen Ganztagschulen und Sportvereinen hat unsere **Bildungsministerin Vera Reiß** in der Plenarsitzung am vergangenen Donnerstag betont, dass der Landessportbund neben den beiden großen Kirchen der bedeutendste Kooperationspartner der Ganztagschulen im Land ist. Die 429 Kooperationen zwischen vielen der 604 Ganztagschulen und den Sportvereinen in Rheinland-Pfalz sind ein Beleg dafür. Beide Seiten profitieren von dieser Kooperation. Als Ausgleich im Unterrichtsalltag sind Sport- und Bewegungsangebote wichtige Bestandteile in der Konzeption der Ganztagschulen in Angebotsform in Rheinland-Pfalz. In der Landtagsdebatte unterstrich unsere bildungspolitische Sprecherin **Bettina Brück** daher: Für die Vereine, die Demographie bedingt mit einem Rückgang an jugendlichen Vereinsmitgliedern zu kämpfen haben, sind die Kooperationen eine gute Möglichkeit der Mitgliederwerbung.

ZAHLEN UND FAKTEN



■ GUTE ARBEIT IN RHEINLAND-PFALZ

Rheinland-Pfalz hat mit 5,4 Prozent im bundesweiten Vergleich die drittniedrigste Arbeitslosenquote (2014).

Die Zahl der Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz erreichte mit durchschnittlich 1,9 Millionen Erwerbstätigen 2013 einen neuen Höchststand.

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten erreichte mit fast 1,3 Millionen ein neues Rekordniveau.

■ INNOVATIVES RHEINLAND-PFALZ

Rheinland-Pfalz hat unter den Flächenländern die höchste Gründungsquote¹ (1,95 Prozent im Zeitraum 2011 bis 2013).

Im Innovationsindex der europäischen Länder und Regionen belegte Rheinland-Pfalz 2014 Rang 15 unter 80 untersuchten Regionen (2012: Platz 23).

■ EXPORTLAND RHEINLAND-PFALZ

Rheinland-Pfalz hat unter den Flächenländern die zweithöchste Exportquote.

Das Auslandsgeschäft machte von Januar bis November 2014 unverändert 54,6 Prozent des Gesamtumsatzes aus (Exportquote Deutschland: 48,4 Prozent).

■ INDUSTRIELAND RHEINLAND-PFALZ

Der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung ist in Rheinland-Pfalz mit 26 Prozent weiterhin hoch (2013, Deutschland: 22 Prozent, EU: 16 Prozent).

Der Anteil des Produzierenden Gewerbes an der gesamten Bruttowertschöpfung lag 2013 bei 35 Prozent (Deutschland: 30 Prozent).